



Fotos: Rainer Ruffer

# „Wir bringen die Praxis an die Hochschulen“

**INTERVIEW** IG-Metall-Vorstandsmitglied Wolf Jürgen Röder über seine Arbeit im Akkreditierungsrat, die falsch verstandene Autonomie der Hochschulen und die Position der IG Metall zum Bologna-Prozess

Das Gespräch führten **KAY MEINERS** und **CHRISTOPH MULITZE**.

***Herr Röder, warum interessiert sich die IG Metall für Hochschulpolitik? Akademiker sind nicht die traditionelle Zielgruppe der Gewerkschaften.***

Jetzt blicken Sie aber sehr weit zurück. Das ist Geschichte. Uns ist seit langem klar, dass wir Akademiker für uns gewinnen wollen und können. Und wir müssen es auch. Denn unsere Mitgliedschaft entspricht in ihrer Struktur nicht mehr der der Belegschaften. Bei Technikern und Ingenieuren, die sich aus Facharbeitern weitergebildet haben, da sind wir schon recht stark. Aber bei Ingenieuren, die direkt von der Hochschule ins Unternehmen kommen, tun wir uns schwer. Das muss anders werden.

***Die IG Metall geht an die Hochschulen – und die Studenten treten massenweise in die Gewerkschaft ein?***

Wir sind realistisch, wir gehen Schritt für Schritt vor. Zuerst gehen wir an die Hochschulen und versuchen, mit den Studierenden ins Gespräch zu kommen. Unsere Broschüren über Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen von Ingenieuren werden uns aus den Händen gerissen. Genauso sind wir auf Messen, in Ausbildungsbetrieben und an Berufsschulen präsent. Natürlich wollen wir Mitglieder rekrutieren – aber erst einmal ist es wichtig, uns bei den Studierenden positiv ins Gedächtnis zu rufen, ihnen unsere hochschulpolitische Kompetenz zu beweisen und unser Image zu verbessern. Erst im nächsten Schritt wollen wir mit ihnen darüber reden, wie sie zusammen mit der IG Metall ihre Interessen vertreten können.

***Haben sich die Gewerkschaften in der Vergangenheit zu wenig um die Hochschulen gekümmert?***

Von einer Industriegewerkschaft kann man nicht erwarten, dass die Hochschulpolitik im Zentrum steht. Aber wir sind auch eine Bildungsgewerkschaft. Das haben wir bisher nicht laut genug kundgetan. Deshalb unterstreiche ich das ganz deutlich. Wir fangen auch nicht bei null an. Es gab schon vor 20 Jahren Ingenieursarbeitskreise in der IG Metall, und gerade haben wir entschieden, daran wieder anzuknüpfen. Auch der DGB, die Hans-Böckler-Stiftung, auch die anderen Einzelgewerkschaften engagieren sich. Die Arbeit der Vertrauensdozenten der Stiftung und die Stipendiatenarbeit kommt noch hinzu.

***Wie steht die IG Metall zum Bologna-Prozess?***

Wir begrüßen den Bologna-Prozess sehr, weil wir für ein Europa sind, das auch im Alltag von den Menschen gelebt werden kann. Allerdings sehen wir auch die Risiken – es gab in den letzten hundert Jahren keinen Umbau der Hochschullandschaft, der so dramatisch und schnell war. Dieser Umbau erzwingt geradezu eine inhaltliche Reform der Studiengänge. Und hier bringen wir als die Experten in allen Belangen der Berufs- und Arbeitswelt unsere Kompetenzen ein. Wir bringen die Berufspraxis an die Hochschulen.

***Was genau bedeutet das?***

Wir wollen Studiengänge mit guten Berufschancen für die Absolventen. Deshalb machen wir uns stark für Praxissemester. Generell

plädieren wir dafür, dass die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge stärker die Berufspraxis berücksichtigen. Bisher kommen die Ingenieure von der Hochschule in Unternehmen und fallen in eine für sie fremde Welt. Sie haben von Teamarbeit wenig Ahnung. Wer ein neues Projekt startet, der muss auch wissen, wie Facharbeiter, Techniker und Ingenieure zusammenarbeiten. Alle, die Ahnung von der Praxis haben, sagen, dass man mindestens zwei Jahre braucht, um das zu lernen. Die deutschen Universitäten sind da schlecht aufgestellt.

***Sie sind neben Gerd Köhler der zweite Gewerkschafter im Akkreditierungsrat – dem Gremium, das die Agenturen überwacht, die ihrerseits die neuen Studiengänge zertifizieren. Wofür setzen Sie sich ein?***

Die Studiengänge sollen durchlässig sein, die Studienbedingungen müssen gut sein, und die Studenten müssen Fähigkeiten erwerben können, die sie im Berufsleben brauchen. Die Arbeitsmarktchancen der Studenten sind uns sehr wichtig. Um dies zu verwirklichen, haben wir als wichtiges Instrument das Gutachternetzwerk, in dem sich gewerkschaftsnahe Gutachter der Akkreditierungsagenturen austauschen. Eine wichtige Agentur für uns ist die ASIIN in Düsseldorf, die unter anderem Ingenieur-Studiengänge zertifiziert. Dort ist die IG Metall neben der IG BCE auch eines von vielen Mitgliedern.

***Welche Kompetenzen hat der Akkreditierungsrat selbst?***

Wir akkreditieren die Akkreditierungsagenturen – das heißt, wir schauen, ob sie gute Abläufe haben, ob sie auf Qualität achten und ob die neuen Studiengänge, die sie akkreditieren, in Ordnung sind.

***Nicht alle Mitglieder dort sind Bildungsexperten – wie kommen die Entscheidungen zustande?***

Wir beraten in den Arbeitsgruppen auf der Basis von Vorschlägen der Geschäftsstelle. Dort wird schon mal heftig gerungen, bis eine Vorlage steht. Und an dieser Stelle können wir am besten Einfluss nehmen. Die Beschlussvorlagen sind dann so gut vorbereitet, dass der Akkreditierungsrat ihnen in aller Regel zustimmt. Das läuft ungefähr so wie im Bundestag mit seinen Ausschüssen.

***Im Rat sitzen überwiegend Vertreter der Hochschulen und der Länder – die beiden wirklich mächtigen Akteure. Dazu kommen neben Mitgliedern aus dem Ausland je zwei Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Studenten. Wie organisiert man da Mehrheiten?***

Je nach Thema gibt es ganz unterschiedliche Bündnisse. Bei berufspraktischen Themen sitzen die Arbeitgeber mit uns in einem Boot, und manchmal bekommt man auch einen ausländischen Vertreter dazu, einen Antrag mit zu unterstützen. Nur manchmal unterstützen die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber wiederum die Studenten – dann, wenn es um Studienbedingungen oder bildungspolitische Fragen geht. Der Rat ist aber so zusammengesetzt, dass die Ländervertreter und die Hochschulvertreter mit je vier Stimmen relativ viel Gewicht haben. ►

► **Darf der Rat die Entscheidung einer Agentur darüber, ob ein Studiengang zugelassen wird, revidieren?**

Nein, im Regelfall ist dies Sache der Agenturen. Der Akkreditierungsrat hat aber ein Monitoring eingeführt. Er schaut sich in jedem Jahr eine bestimmte Zahl von Verfahren jeder Agentur an. Liegt überdies ein Anfangsverdacht vor, dass ein Verfahren nicht ordnungsgemäß abgelaufen ist, kann der Akkreditierungsrat die Entscheidung an sich ziehen.

**Das klingt nach einem zahnlösen Tiger.**

Nein, gar nicht – für uns ist er die wichtigste Institution, um Einfluss zu nehmen. Der Rat hat Regeln für die Tätigkeit der Agenturen und für die Reakkreditierung der Studiengänge und der Agenturen selbst aufgestellt, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden muss. Der Rat kontrolliert die Akkreditierungsabläufe und macht zum Teil sehr genaue Auflagen. Jüngst gab einen sehr umstrittenen Fall. Einer der sechs Agenturen, AQAS e.V. mit Sitz in Bonn, wurde die Reakkreditierung verweigert, weil bestimmte Abläufe nicht in Ordnung waren. Unser Vorsitzender Jürgen Kohler, Rektor der Universität Greifswald, hat sein Amt niedergelegt, weil er ein schärferes Vorgehen für richtig hielt. Die Mehrheit des Akkreditierungsrates hielt es für ausreichend, die Reakkreditierung an eine Reihe von Auflagen zu binden, so wie dies auch in anderen Fällen praktiziert wurde.

**Die Hochschulen möchten Ihren Rat gleich ganz loswerden – und die Akkreditierungsagenturen gleich mit.**

Na klar – weil sie ihre Studiengänge selbst akkreditieren wollen. Für die ferne Zukunft ist das auch unser Ziel – aber erst dann, wenn es die Universitäten nicht mehr als lästig empfinden, sich an der Berufspraxis zu orientieren. Sie müssen erst die Vorgaben des Bologna-Prozesses verinnerlichen. An die Stelle des heutigen Verfahrens, der so genannten Programmakkreditierung, soll nach ihrem Willen die

**Es gab Klagen über lange Wartezeiten, über viel Bürokratie und über hohe Kosten.**

Was die Wartezeiten angeht – das muss sich erst noch einspielen. Bei den ersten Agenturen dauert jetzt der Prozess vom Antrag bis Zertifizierung etwa sechs Monate. Und auch bei den Kosten gibt es Modelle, die den Preis auf 4000 Euro pro Studiengang senken.

**Wie kommen Sie denn mit der Akkreditierung voran?**

Von den 11 000 Studiengängen in Deutschland sind 57 Prozent akkreditiert. Zudem laufen zahlreiche Studiengänge bereits und werden nachlaufend akkreditiert.

**Sehr beliebt sind die neuen Studiengänge bei den Studenten nicht. Dort, wo es noch Diplome gibt, entscheiden sich sieben von acht Studenten für den Diplomstudiengang.**

Das sind die Gesamtzahlen. Bei den Fachhochschulen sieht das ganz anders aus. An den technischen Universitäten wird tatsächlich noch oft die Meinung vertreten, dass sie die Eliten ausbilden und die Fachhochschulen die studierten Facharbeiter. Sie gehen es etwas langsamer an.

**Die Studenten gehen ein Risiko ein. Denn die Hochschulen wollen, dass nur 30 Prozent bis zum Master studieren dürfen. Die anderen sollen sich mit dem Bachelor zufriedengeben.**

Solche Quoten bergen ein großes Konfliktpotenzial. Man darf so etwas schon aus Verfassungsgründen nicht zulassen – ich denke an die Berufsfreiheit nach Artikel 12 des Grundgesetzes. Wir setzen uns dafür ein, dass es zu einer Selektion, bei der zwei Drittel der Absolventen aus dem Examen geprüft werden, nicht kommt.

**Es ist zudem schwer, die Arbeitsmarktchancen der neuen Studiengänge einzuschätzen. Kann man guten Gewissens ein Bachelor-Studium empfehlen?**

Ich denke nicht, dass Bachelor-Studierende sich bei der Einstellung schwerer tun – zumindest in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Aber bei der Weiterentwicklung stoßen sie womöglich an Grenzen –

etwa bei Führungsjobs in Großunternehmen. Einige Personalchefs sind der Meinung, dass man Bachelor-Absolventen für solche Jobs nachqualifizieren muss. Selbst unsere Tarifverträge sind da nicht auf der Höhe der Zeit. In Niedersachsen und Bayern sind bisher Bachelor- und Master-Absolventen schon in die Tarife eingruppiert.

**Mit wem konkurriert der Ingenieur, der mit dem Bachelor-Abschluss die Hochschule verlässt, um einen Arbeitsplatz?**

*„Wer seinen Meister gemacht hat, der sollte ohne weitere Prüfungen an die Hochschule gehen können.“*

so genannte Prozessakkreditierung treten. Satt Studiengänge zu akkreditieren, müssten die Agenturen dann entscheiden, ob eine Hochschule die Bedingungen erfüllt, autonom neue Studiengänge einzurichten. Die Gewerkschaften sind hier sehr skeptisch. Noch liegen keinerlei abgestimmte Kriterien und Verfahrensvorschläge vor – dennoch wollen starke Kräfte in der KMK die Umstellung. Manchen Universitäten wäre es am liebsten, sie könnten ihre Studiengänge einfach nur umbenennen.



#### ZUR PERSON

Der Jurist und Politologe **WOLF JÜRGEN RÖDER** ist seit 1976 in verschiedenen Funktionen in der IG Metall hauptamtlich tätig – zunächst in Baden-Württemberg. Seit 1999 ist er geschäftsführendes Vorstandsmitglied und zuständig für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Bildungspolitik. Der 59-jährige gebürtige Wuppertaler sitzt im Aufsichtsrat bei der Robert Bosch GmbH und der DaimlerChrysler AG. Er ist Sprecher des Gesprächskreises Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied im Akkreditierungsrat.

Im Mittelstand vermutlich mit dem Techniker, der vom Facharbeiter aufgestiegen ist. In großen Unternehmen kann es sein, dass er als Fertigungsingenieur den bisherigen Meister verdrängt. Wegen der Bildungsmisere leiden wir an einer Verdrängungstreppe: Der Hauptschüler auf der unteren Stufe hat die geringsten Chancen, einen Ausbildungsplatz zu ergattern, denn den nimmt ihm der Realschüler weg, dem wiederum die Abiturienten die Plätze wegschnappen.

*Ein alter Traum der Gewerkschaften ist es, die Berufs- und die Hochschulbildung miteinander zu verzahnen. Die meisten Fachleute sind der Meinung, dass dies nur gelingt, wenn beides modularisiert wird.*

Das hört sich plausibel an. Tatsächlich aber haben wir große Konflikte mit einigen Konzernen, die die Berufsausbildung auf zwei Jahre verkürzen wollen. Der Azubi ist dann so etwas wie ein ambitionierter Helfer mit einer Qualifikation für einen sehr engen Arbeitsbereich. Daraus kann man, wenn es personell eng wird, eine Elite mit Modulen bis zu einem Servicemitarbeiter weiterqualifizieren. Das kommt für uns und für die Betriebsräte überhaupt nicht Frage. Wo Arbeitgeber eine Modularisierung fordern, um die Qualifikations- und Verdienstspirale nach unten zu drehen, sagen wir eindeutig Nein.

*Das heißt, in der dualen Ausbildung ist alles in Ordnung, und man muss nur die Modularisierung abwehren? Andere Vertreter der IG Metall äußern sich genauso.*

Man darf es sich nicht so leicht machen und überall den Beelzebub sehen. Tatsächlich befinden wir uns aber in einem Dilemma. Nur noch wenig mehr als 40 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs kom-

men im dualen System unter, die anderen stecken in prekären Warteschleifen. Wir müssen also grundsätzlich offen sein für eine Modularisierung. Aber es kommt darauf an, wo und wie.

*Wann und wo ist die IG Metall für die Modularisierung?*

Sie kann dort helfen, wo es darum geht, Lernschwächeren eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Da wünsche ich mir eine offenere Diskussion auch bei uns. An den Hochschulen ist die Modularisierung als ein Studienreformansatz anerkannt. Spannend wird es auch, wenn wir sagen: Lasst uns doch über ein Leistungspunktesystem bestimmte Ausbildungsblöcke quantifizieren. Ob man dafür zwei, drei oder vier Semester braucht, spielt dann keine Rolle. Das ist lebensnäher als die Festlegung auf eine Studiendauer, denn 60 Prozent aller Studenten müssen nebenbei arbeiten. Und auch bei der beruflichen Weiterbildung kann ich mir Bausteine und Kurssysteme vorstellen. Wer seinen Meister gemacht hat, der sollte über ein Punktesystem ohne weitere Prüfungen an die Hochschule gehen können.

*Sie sind ein Kind der Studentenbewegung – mal ehrlich, kommen Ihnen die Studenten von heute nicht total konform und angepasst vor?*

In der Rückschau wird vieles glorifiziert. In den 60er Jahren war es auch so, dass zehn Prozent der Studenten sich die tagelangen Vollversammlungen angetan haben, und der Rest hat brav fürs Examen gelernt. Heute denken die Studenten vielleicht stärker daran, was ihnen persönlich nützt. Aber auch daraus kann sich eine engagierte Haltung gegen Verschwendung und Ungerechtigkeit entwickeln. Das ist für mich politisches Bewusstsein. ■